



Ein gemeinsames Projekt der
Luzerner Landzeitungen

Energie wird knapper und teurer – was tun?

ENERGIEPOLITIK Energie wird knapper und teurer. Ein wichtiger Faktor ist deren Herkunft – und ruft jetzt auch die Politik auf den Plan. Ständerat Damian Müller (FDP) hat dazu im Rahmen der Herbstsession eine Motion eingereicht. Sie verlangt «Mehr Transparenz bei der Stromherkunft». Dabei spielt die Beerdigung des EU-Rahmenabkommens eine wichtige Rolle.

von **Ernesto Piazza**

Besteht tatsächlich die Gefahr, dass der Schweiz an kalten Winterabenden plötzlich der Strom ausgeht? Die nationale Risikoanalyse 2020 des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) beurteilt die Gefahr jedenfalls als grösstes Risiko – und damit noch vor einer Pandemie. Das tönt wenig ermutigend. Um einem solchen Gau entgegenzuwirken, will der Bundesrat jetzt neue Produktionskapazitäten schaffen.

In einem ersten Schritt soll die Versorgungssicherheit der Schweiz erhöht werden – und zwar vor allem in Form von erneuerbaren Energien. Bis ins Jahr 2040 will die Landesregierung eine zusätzliche Stromproduktion von zwei Terawattstunden sicherstellen. Zum Vergleich: Das inzwischen abgeschaltete Atomkraftwerk Mühleberg hat zuletzt etwas weniger als jährlich drei Terawattstunden produziert. Geregelt ist der Ausbau im «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien». Das Parlament muss sich in Kürze mit der vom Bundesrat dazu verabschiedeten Botschaft befassen.

Dazu muss man wissen: Weil die Schweiz das Rahmenabkommen mit der EU beerdigt hat, zog der Bundesrat dem Stromabkommen mit der Europäischen Union zugleich praktisch den Stecker. Ab dem 1. Juli anerkennt die EU keine sogenannten Herkunftsnachweise (HKN) aus unserem Land mehr. Solche Zertifikate müssen für jede erzeugte Kilowattstunde ausgestellt und können börsenmässig gehandelt werden. Zwar handelt es sich bei den Herkunftsnachweisen um eine buchhalterische Grösse, dennoch geben sie Aufschluss über die Anzahl produzierter Kilowattstunden. Dadurch, dass Schweizer Stromproduzenten ihre HKN nicht mehr in den EU-Raum liefern können, dürften sie jährlich ein zweistelliger Millionenbetrag verlieren, vermuten Experten.

Dagegen ist ihnen weiter erlaubt mit Nachweisen europäischen Grünstrom, beispielsweise von norwegischen Wasserkraftwerken, zu importieren. «So entsteht ein künstliches Überangebot an erneuerbaren HKN in der Schweiz, welche die Preise nach unten treiben», sagt Axpo-Mediensprecher Tobias Kistner. Und weiter erklärt er: «Dieser regulatorische Markteingriff schmälert die Einnahmen aus dem Mehrwert der erneuerbaren Produktion für Unternehmen wie Axpo, aber auch bei anderen Schweizer Produzenten.» So entgehen ihnen Gewinne in Millionenhöhe. Branchenstimmen schätzen diesen Betrag auf 100 bis 200 Millionen Franken pro Jahr. Zudem würden dadurch Anreize in diese Produktionskapazitäten zu investieren, reduziert, sagt Kistner. Dazu gehören beispielsweise Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen. Und weiter betont er: Die Axpo setze sich auch dafür ein, dass die Schweiz keine EU-HKN mehr anerkennt, um die Marktsymmetrie wiederherzustellen, bis eine Einigung mit der EU erreicht



Die Energiepreise steigen massiv: Strom und Gas erreichen neue Höhen. Foto Keystone

her ist. Mit einer quartalsweisen oder sogar monatsscharfer Stromkennzeichnung würde hingegen mehr Transparenz geschaffen und die Stromproduktion im Winter aufgewertet.»

Gegenüber den Endkunden soll die Stromzeichnung jedoch weiter nur einmal im Jahr erfolgen. Dabei wird die Stromherkunft nach Produktionstechnologie ausgewiesen und nach Schweiz und Ausland aufgeteilt. «Und da die Herkunftsnachweise bereits grösstenteils auf Monatsbasis ausgestellt werden, hält sich der Vollzugsaufwand auf Produzentenseite in Grenzen», erklärt Müller. Auch auf Seite der Stromlieferanten sei der Vollzugsaufwand überschaubar.

Unterschiedliches Echo bei den Kraftwerken

Zustimmung für sein Anliegen findet der Luzerner FDP-Ständerat Müller bei der Axpo, die grösste Wasserkraftproduzentin der Schweiz. «Das wäre ein sinnvoller Schritt, weil er die knappe Versorgungssituation mit erneuerbarem Strom im Winter sichtbar macht», erklärt Axpo-Mediensprecher Kistner. Die Glaubwürdigkeit des Systems und die Transparenz gegenüber dem Endverbraucher würden massgeblich erhöht, wenn nicht mehr Sommer-HKN zur Kennzeichnung des Verbrauchs im Winter verwendet werden könnte.» Zudem käme es zu einer saisonalen Preisdifferenzierung und damit zu Anreizen in neue Anlagen mit einem Anteil Winterproduktion zu investieren.

Anders sehen es die Bernischen Kraftwerke (BKW). Sie sprechen bei einer quartalsweisen oder gar monatlichen Qualitätskennzeichnung von einem «vermeintlichen Anreiz zum Ausbau erneuerbarer Energien», der lediglich zu enormen administrativem Aufwand und ebensolchen Kosten für die Konsumentinnen und Konsumenten führe. Diese würden auf die Energiepreise überwälzt, so die BKW weiter. «Ebenso in die Kundenpreise eingerechnet würden die durch die künstliche Verknappung im Winterhalbjahr markant ansteigenden HKN-Preise für die heimische Produktion».

Die Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW) ist sowohl als Stromproduzent wie auch als Lieferant tätig und je nach Rolle unterschiedlich davon betroffen. «Als Produzentin schwächt die einseitige Aberkennung der Herkunftsnachweise den Wert der inländischen erneuerbaren Produktion und die Investitionsanreize», erklärt CKW-Mediensprecher Simon Schärer. Daher fordere CKW eine Aberkennung von EU-Herkunftsnachweisen in der Schweiz. Und zwar bis die gegenseitige Anerkennung mit der EU wiederhergestellt werden könne. Zudem unterstützt CKW Müllers Idee, dass die Periode zur Stromkennzeichnung verkürzt wird. «Die Umsetzung sollte aber so erfolgen, dass die administrativen Kosten nicht zu hoch sind», sagt Schärer.

Was die Motion des Luzerner FDP-Politikers betrifft ist es so, dass sie jetzt der ständerätlichen Kommission zugewiesen wurde. Damian Müller sagt: «Die UREK-S sieht im Bereich der Stromversorgung einen grossen Handlungsbedarf.» Wirtschaftliche und technologische Entwicklungen und politische Entscheide im In- und Ausland führen derzeit zu grundlegenden Veränderungen der Energiemärkte. «Somit ist es wichtig», so Müller, «dass meine Motion integriert wird und wir schon jetzt versuchen Pilotprojekte voranzutreiben, um so die Wirkung zu evaluieren und daraus zu lernen.»



«*Mehr Transparenz bei der Stromherkunft würde die Produktion im Winter aufwerten.*»

Damian Müller (FDP, Hitzkirch) Ständerat des Kantons Luzern

Sorgenfalten bereiten der Bevölkerung ebenfalls die massiv steigenden Energiekosten. So erreichen Strom und Gas aktuell immer neue Höhen. Dieses Szenario wurde zwar von einigen Ökonomen schon vor geraumer Zeit prognostiziert. Richtig damit auseinandersetzen wollte man sich damals – zumindest öffentlich – nicht. Dabei wirkt die brummende Wirtschaft noch als zusätzlicher Brandbeschleuniger. Jedenfalls bei den Unternehmen, die von der um sich greifenden Rohstoffknappheit (unter anderem bei Holz, Stahl, Aluminium und Kupfer) nicht tangiert werden. Dieser Mangel – die Nachfrage übersteigt das Angebot – treibt die Preise hoch und befeuert die Inflation. Das führt dazu, dass das komplexe Thema «Energieversorgung» zu viel Unsicherheit und Bewegung an den Märkten, aber auch bei der Politik führt.

Stromabkommen mit der EU den Stecker gezogen

Dort befasst sich FDP-Ständerat Damian Müller unter anderem stark mit der künftigen Schweizer Energieversorgung. Im Rahmen der Herbstsession forderte er mit einer Motion «Mehr Transparenz bei der Stromherkunft».

werde. «So würde ein fairer Wettbewerb geschaffen und das künstliche Überangebot im Inland verhindert».

Unterschiedliche Preismodelle

Schweizer Produzenten ohne gebundene Endverbraucher verkaufen ihre HKN zu Schweizer Grosshandelspreisen weiter. Diese sind momentan sehr tief. Gleichzeitig bezahlen Endkunden dafür einen Aufpreis, der sich teilweise bei uns um das Zwanzigfache des Grosshandelspreises bewegt. Tobias Kistner erklärt: «Während Endverbraucher bereit sind, erneuerbaren Strom mit einem substanziellen Aufpreis von 0.3 bis 1.1 Rappen/kWh für ein Wasserprodukt – im Vergleich zu nicht erneuerbaren Produkten – zu unterstützen, kommt nur ein Bruchteil von circa 0.05 Rappen/kWh Wasser-HKN bei den Produzenten am freien Markt an.» Die Zusatzeinnahmen beim entsprechenden Energieträger würden von ihm mehrheitlich zur Deckung anderer Kosten verwendet. «Würde die bestehende Marktsymmetrie aufgelöst», vermutet Kistner, «wäre eine stärkere Angleichung zwischen Endverbraucherpreis und dem Handelspreis zu erwarten.»

Bei den Stadt- oder Gemeindewerken ist es so, dass dort die Preisregulierung sicherstellt, dass den gebundenen Endverbrauchern insgesamt nur die Kosten, die beim Energieversorger anfallen, verrechnet werden können. Es werden keine zusätzlichen Gewinne erwirtschaftet. «Allerdings sind Energieversorger regulatorisch sehr frei, wie sie ihre Kosten auf verschiedene Energieprodukte aufteilen», sagt Kistner.

Mehr Transparenz gefordert

Damian Müller, der ebenfalls der ständerätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-S) angehört, zielt mit seinem Vorstoss

für «Mehr Transparenz bei der Stromherkunft» auf die aktuell geltende Stromkennzeichnung mittels Herkunftsnachweisen (HKN). Die heutigen Bestimmungen auf Verordnungsebene verlangen eine Übereinstimmung von Produktion und Verbrauch auf Jahresbasis. So kann ein Herkunftsnachweis zum Beispiel für Solarproduktion vom Juli dafür verwendet werden, um den Stromverbrauch im Dezember desselben Jahres zu belegen. Müller sagt: «Mit dieser Vorgehensweise wird nicht erfasst, dass der Strom, insbesondere aus erneuerbaren Energien, in der Schweiz im Winter knapp und entsprechend auch dessen ökologischer Mehrwert höher

Zahlen und Fakten

Im vergangenen Jahr erzeugten die Kraftwerke in unserem Land gemäss der Schweizerischen Elektrizitätsstatistik 69,9 Milliarden kWh Energie. Davon entfielen 40,6 Mrd. auf Wasserkraft, 23 Mrd. auf Kernkraft, 4,7 Mrd. auf diverse erneuerbare Energie wie zum Beispiel Biogas-, Photovoltaik- oder Windenergieanlagen, und 1,6 Mrd. auf konventionell-thermische Kraft- und Fernheizkraftwerke (nicht erneuerbar). Ebenfalls im Jahr 2020 betrug der Endverbrauch im Inland 55,7 Mrd. kWh. 19,3 Mrd. wurden im Haushalt, 16,7 Mrd. in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe, 14,5 Mrd. für Dienstleistungen, 4,3 Mrd. beim Verkehr sowie 0,9

Mrd. für Landwirtschaft, Gartenbau benötigt. Ein Blick auf die Einfuhr-/Ausfuhrstatistik zeigt, dass im letzten Jahr 27 Mrd. kWh ein- und 32,5 Mrd. kWh ausgeführt wurden. Bezogen auf den Winter 2019/20 waren es 17,7 Mrd. kWh an Ein- und 18,2 Mrd. an Ausfuhren. In der Schweiz betrug der Strom-Pro-Kopf-Verbrauch im Jahr 2020 gemäss Eurostat 7810 kWh. Massiv höher lag er in den nordischen Ländern Norwegen (27578 kWh), Schweden (16507) und Finnland (15265). Bei unseren Nachbarn Deutschland (6326), Frankreich (7272), Österreich (7023) und Italien (5172) war der Wert im Vergleich zur Schweiz überall tiefer. **ep**